

Südbadisches Aktionsbündnis gegen Abschiebungen (SAGA)  
c/o ADW, Postfach 5328, D - 79020 Freiburg, Treff: Freitags 20.00  
Tel. (0049) 0761 - 74003 - Fax (0049)0761 - 709866

Freiburg: Bissierstr. - Sicherheit und menschenwürdige Lebensbedingungen für Flüchtlinge

In der Nacht zum 17. Mai brannte es in der Bissierstr. 9 (Sammellager der Stadt Freiburg für Flüchtlinge). Ein Gebäude wurde durch diesen Brand völlig unbewohnbar. Zahlreiche BewohnerInnen, darunter auch einige kleinere Kinder, haben durch diesen Brand schwere traumatische Schäden davon getragen - von den materiellen und körperlichen Schäden abgesehen. Der Brand in der Bissierstrasse ist nicht der einzige in den letzten Wochen gewesen: am 15.1. 02 brannte es in Tübingen, am 26.3. brannte es in Konstanz, am 8.4. brannte es in Weingarten. Betroffen waren jeweils Unterkünfte für Flüchtlinge. In den Medien wurde hierzu wenig bis gar nichts berichtet.

Die betroffenen BewohnerInnen in der Bissierstr. fühlten sich in ihrer Not zunächst allein gelassen; auch der Sozialdienst des Deutschen Roten Kreuz begab sich ins Pfingst-Wochenende. Der Ersatzwohnraum, der angeboten wurde, konnte den Betroffenen nicht die notwendige Sicherheit vermitteln, also übernachteten sie teilweise draussen. Auf einer kurzfristig einberufenen Versammlung wurden am 21.5. dem (neuen) Sozialbürgermeister der Stadt Freiburg die zentralen Forderungen der Mehrheit der BewohnerInnen vorgetragen (vgl. Anlage). Die Reaktion der Stadt Freiburg bestand in einer strikten Zurückweisung, aber auch in einer Ablehnung jeglicher Gespräche zu diesen elementaren Voraussetzungen der menschlichen Lebensbedingungen. Das empörte viele der Teilnehmenden.

Auf einer weiteren internen Versammlung der BewohnerInnen beschlossen diese am Mittwoch mehrheitlich, symbolisch den Einkauf für den folgenden Tag zu boykottieren. Der Stadtverwaltung war diese Entscheidung bekannt, sie versuchte ihrerseits auf die BewohnerInnen einzuwirken, dass - im Fall des Boykotts - ihr weiterer Aufenthalt gefährdet sei.

In Medienberichten liest und hört sich dies genau umgekehrt an: die BewohnerInnen hätten zumindest psychischen Druck ausgeübt, "deutsche Asylhelferkreise" hätten dies unterstützt. Es würden nunmehr alte Forderungen nach sicheren Unterkünften und sozialen Lebensgestaltungen aufgewärmt. Der Sozialdienst bemühe sich hingegen um eine "engmaschige Deeskalation".

Wir möchten hiermit nochmals klarstellen, dass die Betroffenen ihre berechtigten Forderungen nicht erfinden müssen, sie liegen auf der Hand. Ihre Sicherheit und ihr Leben ist durch die Art der Unterbringung gefährdet. Es sind ihre Kinder, die die Schädigungen davontragen. Es sind ihre Fluchterlebnisse, die hier weitere schreckliche Aktualität erfahren.

Die Anschuldigungen in den Medien gegen die "Asylhelferkreise" weisen wir zurück. Niemand von den Medien hat diese Situation beobachtet, eine eigene Grundlage zu derartigen Berichten existiert also nicht.

Unsere Arbeit besteht darin, die Forderungen der Betroffenen zu unterstützen, z.B. auf verschiedenen Ebenen die sachlich begründete Argumentation vorzutragen. Es gibt - entgegen der offiziellen Version - durchaus Handlungsspielräume für die Stadt Freiburg; man muss allerdings gewillt sein, diese nutzen zu wollen. Wenn jedoch z.B. in der Frage der Postzustellung die Stadt Freiburg nicht einmal Handlungsbereitschaft erkennen lässt, dann ist eklatant offen, wie viel Interesse eine "offene Stadt Freiburg" (gegen Fremdenhass und Rassenwahn!) an den ihr anvertrauten Flüchtlingen hat.

Wir werden nicht nachlassen, diese (völlig naheliegenden) Forderungen der Betroffenen zu unterstützen. In der nächsten Zeit dürfte sich auch der künftige grüne Oberbürgermeister Salomon aufgefordert sehen, seinen Ankündigungen während der Vorwahlzeit Taten folgen zu lassen. Der Ausländerbeirat wird sich ebenfalls mit der Situation in der Bissierstr. beschäftigen müssen.

SAGA - 27.5. 02

Anlage

Freiburg - Bissierstr. 9

Lager für Flüchtlinge im Bereich der Stadt Freiburg

Zum Brand in der Nacht vom 16. auf den 17.5. 2002 fand am späten Nachmittag des 21.5. eine Versammlung in der Bissierstr. statt. Die Stadt hat hier ihre Ablehnung bekannt gegeben, auf entscheidende Forderungen der Betroffenen einzugehen.

Die Polizei geht bei dem Brand in der Unterkunft (ca. 200 Personen) von der These der Brandstiftung aus. Sie ermittelt wegen vorsätzlicher Entzündung "in alle Richtungen". Den Verdacht, sie ermittle vorrangig im Bereich der dort wohnenden BewohnerInnen, weist der Leiter des Reviers Nord (Hager) zurück.

Das städt. Sozialamt berief diese öffentliche Versammlung ein, um die seit dem Brand geäußerten Beschwerden der BewohnerInnen anzuhören. Allerdings ging sie im wesentlichen nicht auf die gravierenden Beschwerden ein - zur grossen Enttäuschung aller LagerbewohnerInnen. Deren Forderungen wurden im Namen aller Flüchtlinge vorgetragen. Sie umfassen zwei unterschiedliche Themenbereiche, die von ihnen selbst definiert worden sind.

#### I. Der Komplex der eigenen Sicherheit

Sie wünschen existenzielle und soziale Sicherheit. Dies hat für sie Vorrang. Diese Sicherheit ist unter den gegebenen Umständen nicht gewährleistet. Daher ist ihr allgemeines Anliegen, dass Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.

Bis zur vollen Erfüllung dieses Anliegens wünschen sie eine Übergangslösung: für BewohnerInnen, die über zwei Jahre in der Unterkunft leben müssen; für kranke, ältere BewohnerInnen und für Familien.

Die Stadt soll auf diese grundsätzliche Frage bis zum Sept. 2002 reagieren.

#### II. Der Komplex der kurzfristigen Änderungen

Hierzu zählen folgende, schnell umzusetzenden Forderungen:

- persönliche Briefkästen für jedes Haus, um die Post auch persönlich zugestellt zu erhalten (bislang erfolgt dies über die Hausmeister und verläuft sehr unzufriedenstellend);
- jedes Haus soll eine Waschmaschine erhalten (auch hier ist dies bislang zentral geregelt);
- die Rücksichtslosigkeit der Hausmeister muss beendet werden (z.B. indem sie einfach in die Zimmer gehen);
- Einzelpersonen und Familien sollen getrennt untergebracht werden (bislang führt dies zusätzlich zu sozialen Konflikten);
- der Einkauf soll selbst gestaltet werden;
- für Kinder müssen spezifische sozial-pädagogische Betreuungen garantiert werden;
- regelmässige und kostenlose Sprachkurse sollen angeboten werden;
- eine unabhängige Überwachung der Zustände im Lager soll durch neutrale Organisationen sichergestellt werden (z.B. Ausländerbeirat, SAGA);

- der Zustand der Toiletten und Dusche soll gebessert werden.

Die Stadt - die u.a. durch den Bürgermeister v. Kirchbach vertreten war - wies die ersten Forderungen prinzipiell zurück. Man könne einen privaten Sicherheitsdienst (zw. 21.00 und 6.00 Uhr) anbieten, aber werde die Forderungen nach Wohnungen nicht erfüllen. Hierfür werden übergeordnete, landespolitische Erwägungen ins Feld geführt.

Hinsichtlich des 2. Sektors der Forderungen (die bereits seit Jahren auf dem Programm stehen) zeigte sich der Bürgermeister auch nur in geringen Ansätzen gesprächsbereit. Freundlich gemeinte Hinweise, auch aus dem Gemeinde- und Ausländerbeirat, doch diese Haltung nochmals zu überprüfen, blieben zunächst ungehört.

Von den BewohnerInnen wurde wiederholt die grosse Angst ins Feld geführt, die ihnen auch im Gesicht geschrieben steht. Wenn dies ein Land der Menschenrechte wäre, ein Land der Demokratie und ein Land mit Sicherheit, dann müsse dies schnellstens unter Beweis gestellt werden. Man werde die Proteste fortsetzen und -so wurde teilweise angekündigt- auch den Einkauf im 'Minimal' verweigern.

Auf einer weiteren Versammlung werden die BewohnerInnen des Lagers sich über ihr weiteres Vorgehen und die ablehnende Haltung der Stadt Freiburg klar werden.

SAGA, 21.5. 2002, 21.00 Uhr